
Protokoll
über die 45. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 30.08.2018

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:33 Uhr

Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum E070

Anwesenheit

Vorsitzender

Hoppe, Eberhard
entsandt durch SPD-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Riedel, Georg-Christian
entsandt durch CDU-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Jähnig, Claus Jürgen
entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

ordentliche Mitglieder

Brill, Peter
entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Federau, Petra
entsandt durch ZG AfD
Gajek, Lothar
entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Meslien, Daniel
entsandt durch SPD-Fraktion
Müller, Karin
entsandt durch Fraktion DIE LINKE

Bis TOP 4

Ab TOP 3

stellvertretende Mitglieder

Heinemann, Till
entsandt durch CDU-Fraktion

beratende Mitglieder

Fittje, Cornelia
entsandt durch Behindertenbeirat

Heinrich, Walter
entsandt durch Seniorenbeirat

Verwaltung

Gabriel, Manuela
Huß, Reinhard
Jäger, Stefan
Rothe, Regine
Ruhl, Andreas

Leitung: Eberhard Hoppe

Schriftführerin: Christin Framke

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 21.06.2018 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 4.1. Handlungskonzept Mueßer Holz
Vorlage: 01496/2018
 - 4.2. Konkretisierung der Handlungsempfehlungen der Integrierten Sportentwicklungsplanung (Umsetzungsvorschläge)
Vorlage: 01500/2018
 - 4.3. Bebauungsplan Nr. 106 "Wohnpark Paulshöhe"
Vorlage: 01515/2018
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

- 5.1. Sport- und Kongresshalle Schwerin
Vorlage: 01417/2018
- 5.2. Stadt der guten Nachbarschaft – Soziale Wohnraumentwicklung verbessern
Vorlage: 01488/2018
- 5.3. Soziale Spaltung in Schwerin stoppen – Wohnverhältnisse in allen Stadtteilen gerecht gestalten
Vorlage: 01487/2018
- 5.4. Segregation in Schwerin – gegen Ghettoisierung aktiv werden
Vorlage: 01479/2018
- 5.5. Richtlinie für die Kosten der Unterkunft überarbeiten
Vorlage: 01486/2018
- 5.6. Kundennahe Präsenz des Jobcenters im Mueßer Holz
Vorlage: 01484/2018
- 5.7. Schwerin beteiligt sich am Bundesprogramm „Demokratie leben“
Vorlage: 01482/2018
- 6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Eberhard Hoppe, eröffnet die 45. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter und Vertreterinnen der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste. Besonders begrüßt er Frau Rothe und Frau Bessel als Vertreter des Jobcenters und Herr Thorsten Hühn als Vertreter der F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH, welcher einen Überblick über Konzepte zur Bestimmung der Mietobergrenzen SGBII und SGB XII geben wird.

Herr Hoppe stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Ausschussmitglieder einigen sich auf eine gemeinsame Aussprache der Tagesordnungspunkte 5.2. bis 5.5. und die Durchführung der Präsentation durch Herrn Hühn nach dem Tagesordnungspunkt 3. Weiterhin wird der Tagesordnungspunkt 5.6. vorgezogen und direkt nach der Präsentation behandelt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales bestätigt die geänderte Tagesordnung einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 21.06.2018
(öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales bestätigt die Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 21.06.2018 einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Frau Gabriel, Leiterin Fachdienst Bildung und Sport, berichtet über einen guten Start ins neue Schuljahr. In der Grundschule Schweriner Nordlichter haben zwei weitere Klassen mit dem Unterricht begonnen. Die Vorbereitungen für das kommende Schuljahr beginnen. Weiterhin berichtet sie über den Baustart in der Erich-Weinert-Schule. Der Umzug der Schule in die hergerichtete Werner-von-Siemensschule ist abgeschlossen und der Schulbetrieb läuft.

Herr Gajek hat aus einem Gespräch mit dem Direktor der Schule, Herr Neumann, erfahren das nicht genug Lehrer zur Verfügung stehen und erfragt den aktuellen Stand. Frau Gabriel bestätigt, dass es Reflektionen von fehlenden Lehrern gibt. Dieser Ausfall aber nicht so hoch ist, dass Unterricht entfällt.

Durch Berichte von Betroffenen hat Herrn Riedel erfahren, dass die Nutzung der Sportanlagen für die Grundschule Mueßer Berg nicht optimal ist. Die nutzbaren Sportanlagen sind sehr weit entfernt. Die Schule regt die Aktivierung der

vorhandenen Sportanlagen an. Hierzu sind Sanierungsarbeiten notwendig. Weiterhin wird empfohlen die vorhandenen Horträume als Klassenräume zu nutzen um mehr Schüler unterbringen zu können. Abschließend wird bemängelt, dass die Klassenstärken zu hoch sind. Herr Riedel erfragt, in welcher Form Änderungen möglich sind. Herr Ruhl nimmt die Aktivierung der Sportanlagen zur Prüfung mit. Die anderen Fragen werden im Nachhinein beantwortet.

Herr Meslien erfragt wie viele Schulen in Schwerin Whiteboards nutzen.

Frau Federau berichtet über Meldungen von Schülern, welche trotz Schülerfahrausweise Geldstrafen aufgrund von Fahren ohne Fahrschein erhielten, da die Fahrausweise nur bis 17:30 Uhr gültig sind. Der Unterricht z.B. am Sportgymnasium und am Goethegymnasium geht allerdings auch bis 20:00 Uhr. Derzeit werden Gespräche zur Lösungsfindung mit dem Bildungsministerium geführt, bestätigt Frau Gabriel. In der nächsten Sitzung wird hierzu berichtet.

Abschließend erläutert Herrn Jähniß die schlechte Situation bei den Turnhallenkapazitäten aufgrund des Wegfalls der Turnhalle Krebsförden. Frau Gabriel informiert, dass aufgrund starker Schäden eine Nutzung nicht möglich ist, vorab ist eine Sanierung notwendig.

Beschluss:

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 4.1 Handlungskonzept Mueßer Holz Vorlage: 01496/2018

Bemerkungen:

Herr Ruhl erläutert den Mitgliedern den Beschluss des Ausschusses für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice und aus welchem Grund lediglich eine Kenntnisnahme vorgesehen ist.

Herr Riedel macht deutlich, dass eine permanente Effizienzprüfung der Projekte nötig ist um eine zielführende Einsetzung der finanziellen Mittel zu gewährleisten. Ohne Angabe von weiteren Details der Projektanbieter, hält Frau Federau die Projektgestaltung für zu wage.

In einer Diskussion legen die Ausschussmitglieder Ihre Standpunkte zur Beschlussfassung oder Stellungnahme des Konzeptes dar. Abschließend lehnen die Ausschussmitglieder in einer Abstimmung mit vier Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen eine Beschlussfassung ab.

Das Konzept wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales nimmt das Konzept zur Kenntnis.

**zu 4.2 Konkretisierung der Handlungsempfehlungen der Integrierten
Sportentwicklungsplanung (Umsetzungsvorschläge)
Vorlage: 01500/2018**

Bemerkungen:

Herr Meslien erfragt den aktuellen Sachstand bezüglich des Naturrasens im Sportpark Lankow. Die Informationen werden nachgereicht.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 106 "Wohnpark Paulshöhe"
Vorlage: 01515/2018**

Bemerkungen:

Herr Huß, Techn. Sachbearbeiter Fachgruppe Stadtentwicklung, erläutert die Beschlussvorlage. Mehrere Ausschussmitglieder machen deutlich, dass sie gegen die Bebauung sind da sie für den Erhalt der Paulshöhe sind.

Herr Brill beantragt getrennte Abstimmung der Punkte im Beschlussvorschlag.

Die Stellungnahme des Ortsbeirates Gartenstadt, Ostorf wird erläutert. Herr Meslien berichtet über Verärgerung durch die Begründung zur Beschlussvorlage. Hier ist festgehalten, dass geprüft werden soll, ob die Beteiligten wie z.B. Kanurenngemeinschaft und die Bildungseinrichtungen Flächen erhalten sollen. Er macht auf einen Beschluss der Stadtvertretung aufmerksam, in dem die Flächenverteilung festgelegt wurde. Somit ist das „ob“ zu streichen. Herr Riedel ergänzt, dass die Einplanung eines Spielplatzes dringend notwendig ist.

Aufgrund weiteren Beratungsbedarfs wird die Vorlage auf Wiedervorlage für die nächste Sitzung gelegt.

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 5.1 Sport- und Kongresshalle Schwerin
Vorlage: 01417/2018**

Bemerkungen:

Aufgrund des neu eingereichten Antrages der Fraktion Unabhängige Bürger und der CDU-Fraktion wird der Antrag zur weiteren Beratung auf Wiedervorlage für die nächste Sitzung gelegt.

zu 5.2 **Stadt der guten Nachbarschaft – Soziale Wohnraumentwicklung verbessern**
Vorlage: 01488/2018

Bemerkungen:

Die Beratung der Tagesordnungspunkte 5.2-5.5 erfolgt in diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Brill erläutert nochmal kurz den zusammengefassten Antrag. Daraufgehend hält Herr Hühn einen Vortrag „Schlüssiges Konzept zur Bestimmung der Mietobergrenzen SGB II und XII“. Hierbei geht er näher auf folgende Punkte ein:

- Unternehmensvorstellung und Rechtsverständnis
- Allgemeine Probleme der Mietobergrenzen
- Rahmenbedingungen und Probleme bei der Erstellung schlüssiger Konzepte
- Regionale Differenzierung
- Überprüfung der Verfügbarkeit

Die Präsentation wird der Sitzung beigelegt.

Herr Meslien erfragt die Kosten für die Erstellung eines Konzeptes. Je nach Aufwand und Volumen fallen Kosten von etwa 10.000 – 20.000 € an.

Herr Brill beantragt als Änderung im Interfraktionellen Antrag die Streichung des Satzes im Punkt 1. „Damit soll auch die Grundlage für ein später zu erarbeitendes Desegregationskonzept gelegt werden“.

Herr Riedel regt weiterhin an im Punkt 5. des Antrages ein Wort einzufügen. Sodass der Satz wie folgt lautet: „Den städtischen Wohnungsbestand **möglichst** nicht zu privatisieren und dessen Sanierung zu prüfen sowie“. Eine weitere Änderung bringt Herr Meslien ein. Im Punkt 5. wird der Satz wie folgt ergänzt „Den städtischen Wohnungsbestand möglichst nicht zu privatisieren und dessen Sanierung zu prüfen und durch die WGS zu sanieren sowie.“

Frau Federau erfragt, ob die wirtschaftliche Situation der WGS eine Sanierung zulässt. Dies wird bestätigt.

Die Ausschussmitglieder stimmen wie folgt über die Ergänzungen des Antrages ab:

1. Streichung des Satzes „Damit soll auch die Grundlage für ein später zu erarbeitendes Desegregationskonzept gelegt werden“
Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0
2. Einfügen eines Wortes wie folgt: „Den städtischen Wohnungsbestand **möglichst** nicht zu privatisieren und dessen Sanierung zu prüfen sowie“:
Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 4
Enthaltung: 1
3. Ergänzung des Satzes wie folgt: „Den städtischen Wohnungsbestand nicht zu privatisieren, dessen Sanierung zu prüfen **und durch die WGS**“

zu sanieren sowie“

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	1

Der Ausschuss einigt sich somit auf einen Interfraktionellen Änderungsantrag unter den Titel „Segregation in Schwerin entgegen wirken“ mit folgenden Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung nimmt die Ergebnisse der Studie „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“ zur Kenntnis und stellt fest, dass über die weitere Abmilderung der Folgen von sozialer Segregation in Schwerin hinaus die bisherige Stadtentwicklungsplanung sowie die kommunale Wohnraumpolitik in der Stadt grundlegend überarbeitet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund wird der Oberbürgermeister beauftragt,

1. den Beschluss der Stadtvertretung zum Antrag „Wohnraum schaffen – Konzept für Sozialen Wohnungsmarkt entwickeln (Vorlage 00934/2017)“ und den Beschluss der Stadtvertretung „Prüfauftrag – Bezahlbaren Wohnraum im gesamten Stadtgebiet ermöglichen“ (Drucksache 01323/2018) umgehend umzusetzen.

2. die Leitlinien für die Stadtentwicklung so zu definieren, dass Schwerin eine Stadt mit einer ausgewogenen sozialen Durchmischung und hohem Wohnwert wird,

3. Leitlinien zu erarbeiten, die in allen Stadtteilen das Angebot von Wohnraum insbesondere für Einwohner mit geringem Einkommen verbessern,

4. die Überarbeitung der „Grundstückspolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Schwerin“ aus dem Jahr 2003 mit Blick auf eine sozialere Wohnraumentwicklung und -belegung zu prüfen,

5. den städtischen Wohnungsbestand nicht zu privatisieren, dessen Sanierung zu prüfen und durch die WGS zu sanieren sowie

6. unter Zuhilfenahme von externer Begleitung und nach einer kritischen Sozialraumanalyse aller Stadtteile die Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft (KdU-Richtlinie) entsprechend § 22a(3) SGB II mit dem Ziel der Schaffung sozial ausgeglichener Bewohnerstrukturen in den Stadtteilen neu zu fassen.

7. sich auf Landes- und Bundesebene für eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus auch in Städten einzusetzen, die die Leerstandsquote von 4 Prozent überschreiten.

Zur Begleitung und Koordinierung der hier angeschobenen Prozesse wird der Oberbürgermeister ferner beauftragt ein Arbeitsgremium einzuberufen. Dem Gremium sollen angehören: Verwaltung, Politische Vertreterinnen und Vertreter der Stadtvertretung und möglichst viele Akteure der Wohnungswirtschaft in Schwerin.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag sodann zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales empfiehlt der Stadtvertretung folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung nimmt die Ergebnisse der Studie „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“ zur Kenntnis und stellt fest, dass über die weitere Abmilderung der Folgen von sozialer Segregation in Schwerin hinaus die

bisherige Stadtentwicklungsplanung sowie die kommunale Wohnraumpolitik in der Stadt grundlegend überarbeitet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund wird der Oberbürgermeister beauftragt,

1. den Beschluss der Stadtvertretung zum Antrag „Wohnraum schaffen – Konzept für Sozialen Wohnungsmarkt entwickeln (Vorlage 00934/2017)“ und den Beschluss der Stadtvertretung „Prüfauftrag – Bezahlbaren Wohnraum im gesamten Stadtgebiet ermöglichen“ (Drucksache 01323/2018) umgehend umzusetzen.
2. die Leitlinien für die Stadtentwicklung so zu definieren, dass Schwerin eine Stadt mit einer ausgewogenen sozialen Durchmischung und hohem Wohnwert wird,
3. Leitlinien zu erarbeiten, die in allen Stadtteilen das Angebot von Wohnraum insbesondere für Einwohner mit geringem Einkommen verbessern,
4. die Überarbeitung der „Grundstückspolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Schwerin“ aus dem Jahr 2003 mit Blick auf eine sozialere Wohnraumentwicklung und -belegung zu prüfen,
5. den städtischen Wohnungsbestand nicht zu privatisieren, dessen Sanierung zu prüfen und durch die WGS zu sanieren sowie
6. unter Zuhilfenahme von externer Begleitung und nach einer kritischen Sozialraumanalyse aller Stadtteile die Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft (KdU-Richtlinie) entsprechend § 22a(3) SGB II mit dem Ziel der Schaffung sozial ausgeglichener Bewohnerstrukturen in den Stadtteilen neu zu fassen.
7. sich auf Landes- und Bundesebene für eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus auch in Städten einzusetzen, die die Leerstandsquote von 4 Prozent überschreiten.

Zur Begleitung und Koordinierung der hier angeschobenen Prozesse wird der Oberbürgermeister ferner beauftragt ein Arbeitsgremium einzuberufen. Dem Gremium sollen angehören: Verwaltung, Politische Vertreterinnen und Vertreter der Stadtvertretung und möglichst viele Akteure der Wohnungswirtschaft in Schwerin.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	1

- zu 5.3 Soziale Spaltung in Schwerin stoppen – Wohnverhältnisse in allen Stadtteilen gerecht gestalten**
Vorlage: 01487/2018

Bemerkungen:

-Die Beratung erfolgt im Tagesordnungspunkt 5.2.-

- zu 5.4 Segregation in Schwerin – gegen Ghettoisierung aktiv werden**
Vorlage: 01479/2018

Bemerkungen:

-Die Beratung erfolgt im Tagesordnungspunkt 5.2.-

zu 5.5 Richtlinie für die Kosten der Unterkunft überarbeiten
Vorlage: 01486/2018

Beschluss:

-Die Beratung erfolgt im Tagesordnungspunkt 5.2.-

zu 5.6 Kundennahe Präsenz des Jobcenters im Mueßer Holz
Vorlage: 01484/2018

Bemerkungen:

Frau Rothe, Leiterin des Jobcenters, erläutert den Ausschussmitgliedern anhand einer Präsentation, dass sich die Trägerversammlung bereits für eine Präsenz des Jobcenters im Mueßer Holz ausgesprochen hat. Sie erläutert z.B. mögliche Angebote vor Ort, Öffnungszeiten und personelle Besetzung näher.

Herr Riedel empfiehlt eine Reflektion nach einem halben Jahr. Momentan findet noch eine Abstimmung zu den Räumlichkeiten statt. Frau Rothe macht deutlich, dass nicht alle Angebote im Büro im Mueßer Holz zur Verfügung stehen. Die Räume sind begrenzt, somit ist eine intensive Beratung dort nicht möglich. Die Sicherheit der Mitarbeiter wird durch einen Wachdienst gewährleistet.

Abschließend berichtet Frau Rothe noch über den Antrag Fraktion DIE LINKE, CDU-Fraktion: 01485/2018 -Kompensationsmöglichkeiten für wegfallende BIWAQ Mittel.

Die Präsentation wird der Sitzung beigelegt.

Herr Hoppe bringt anschließend einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Der Ausschuss stimmt der Ergänzung durch den Änderungsantrag einstimmig zu.

Somit stellt der Ausschussvorsitzende folgenden geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Stadtvertretung begrüßt, dass es gelungen ist, für eine Präsenz des Jobcenters ab 2019 im Mueßer Holz zu sorgen. Sie spricht sich dafür aus, dass dort folgende Angebote für die Kundinnen und Kunden angeboten werden:

- Aufnahme von Änderungen der persönlichen Daten
- Aufnahme einer Abmeldung (z.B. bei Ortswechsel und Arbeitsaufnahme)
- Mitteilung einer Erkrankung
- Fragen zu Auszahlungsterminen
- Fragen zu finanziellen Leistungen
- Abgabe und grobe Vorabsichtung von Dokumenten

Die Maßnahmen sind nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung in das Handlungskonzept Mueßer Holz, III. Einzelmaßnahmen, in den geplanten Einzelvorhaben unter Buchstabe c), Jobcenter vor Ort (JiZ) einzufügen. Die Verwaltungsvertreter in der Trägerversammlung des Jobcenters werden beauftragt, sich entsprechend der rechtlichen Möglichkeiten dafür einzusetzen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales empfiehlt der Stadtvertretung folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Stadtvertretung begrüßt, dass es gelungen ist, für eine Präsenz des Jobcenters ab 2019 im Mueßer Holz zu sorgen. Sie spricht sich dafür aus, dass dort folgende Angebote für die Kundinnen und Kunden angeboten werden:

- Aufnahme von Änderungen der persönlichen Daten
- Aufnahme einer Abmeldung (z.B. bei Ortswechsel und Arbeitsaufnahme)
- Mitteilung einer Erkrankung
- Fragen zu Auszahlungsterminen
- Fragen zu finanziellen Leistungen
- Abgabe und grobe Vorabsichtung von Dokumenten

Die Maßnahmen sind nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung in das Handlungskonzept Mueßer Holz, III. Einzelmaßnahmen, in den geplanten Einzelvorhaben unter Buchstabe c), Jobcenter vor Ort (JiZ) einzufügen. Die Verwaltungsvertreter in der Trägerversammlung des Jobcenters werden beauftragt, sich entsprechend der rechtlichen Möglichkeiten dafür einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 5.7 Schwerin beteiligt sich am Bundesprogramm „Demokratie leben“
Vorlage: 01482/2018**

Bemerkungen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	1

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

-Es liegen keine Wortmeldungen vor.-

gez. Eberhard Hoppe

Vorsitzende/r

gez. Christin Framke

Protokollführer/in